

Brüssel greift zum Rohrstock

Die EU verklagt den Mitgliedsstaat Griechenland wegen seiner Mazedonien-Blockade

Von Josef Joffe

„Was ist ein Name?“, fragte Julia ihren Romeo und riet ihm als gleich, den seinen abzulegen, um so den Zwist der Familien zu beenden. Gleiches heischt Griechenland seit über zwei Jahren von seinem kleinen Nachbarn Mazedonien - und dies mit immer brutalerem Druck. Allein der Landesname sei Programm, zetert Athen, weil Skopje damit Anspruch auf den Teil Mazedoniens erhebe, der nach dem Balkankrieg 1912/13 den Griechen zugeschlagen wurde. Verfassung und Flagge tröffen ebenfalls vor Revisionismus.

Am gestrigen Mittwoch hat die EU den renitenten Griechen den Rohrstock gezeigt. Als Antwort auf die Handelsblockade, die Athen am 16. Februar gegen Skopje verhängt hat, zog die EU-Kommission gegen ihr Mitglied Griechenland vor den europäischen Kadi. Die EU will vorweg, daß der Europäische Gerichtshof eine Einstweilige Verfügung gegen Athen ausspricht: Die Blockade soll sofort aufgehoben werden. Die Klageschrift folgt.

Für europäische Verhältnisse hat die EU ein rasantes Tempo vorgelegt, ist doch die

Blockade nicht einmal zwei Monate alt. Dies läßt vermuten, daß sich in Brüssel einiger Unmut über den Euro-Wohlfahrtsempfänger Griechenland aufgestaut hat. Tatsächlich macht Athen der EU schon lange das Leben schwer. Systematisch versucht es, die gegen Serbien gerichtete Politik der Brüsseler zu konterkarieren; immer wieder kommt Griechenland als Sanktionsbrecher ins Gerede. Der Dauerstreit mit dem NATO-Verbündeten Türkei ist noch älter als die EG. Und auch aus EU-spezifischen Gründen sind die anderen elf nicht gut auf die Griechen zu sprechen. Ob im Bonner Kanzleramt oder in Brüsseler Korridoren: Immer wieder wird den Griechen 'erpresserisches' Verhalten angelastet. Athen pflege diverse EU-Entscheidungen systematisch zu verzögern, um so finanzielle Vorteile aus der Brüsseler Kasse herauszuschlagen.

Gewiß ist Mazedonien, einst eine Rand-Republik Jugoslawiens, nicht ganz unschuldig an der Krise. Wie überall gibt es auch dort nationalistische Phrasendrescher, die jenseits der Grenze als trefflicher Beweis für Gebietsansprüche gegen Griechenland vorge-

führt werden können. Doch hat Skopje vor Jahresfrist zwei Verfassungszusätze verabschiedet, die Gebiets- und Einmischungsgelüste verneinen. Überdies hat Mazedonien den Griechen einen Vertrag über die Unverletzlichkeit der Grenze angeboten - was von Athen brüsk zurückgewiesen wurde.

Derweil rutscht Mazedonien immer weiter ins ökonomische Nichts. Der Handelsaustausch mit Serbien ist wegen der Sanktionen so gut wie unterbrochen; die griechische Blockade hat nun auch die Südgrenze abgeschnürt. Im Vorjahr ist das Brutto Sozialprodukt um 15 Prozent gefallen. Kann die EU-Straffaktion gegen Griechenland etwas bewirken? Beugt sich Athen der Einstweiligen Verfügung nicht, muß erst ein neues Verfahren in Luxemburg eingeleitet werden, um Strafmaßnahmen zu legitimieren. Gemäß dem Maastrichter Vertrag hat der Gerichtshof das Recht, Mitgliedsstaaten mit finanziellen Sanktionen zu belegen. Allein die Einstweilige Verfügung wird Wochen erfordern. Aber vielleicht begreift Athen schon vorher, daß es in der EU isoliert ist.